

Antrag: A-10
Antragsteller: OV Niederrad
Betreff: Öffentliche Schulen zuerst
Weiterleitung an: SPD Fraktion im Römer, sozialdemokratische Mitglieder in der Frankfurter Stadtregierung, Bezirksparteitag SPD Hessen-Süd, Landesparteitag SPD Hessen, SPD Fraktion im hessischen Landtag, SPD Fraktion im Bundestag

1 Der Parteitag der SPD Frankfurt möge beschließen:

- 2 • Offensive Debatte über die Zukunft unserer Kinder und ihrer Kitas und Schulen
3 • das Ziel soll lauten: Schulweltmeister. Schule ist die Schule Europas und die Schule der Zukunft
4 • bestehenden und angestrebten Trennungen von Kindern nach welchen Kriterien auch immer
5 entgegenzutreten, bei gleichzeitiger Ausweitung der Förderprogramme
6 • viel mehr Geldmittel für schulische Bildung und ihre Voraussetzungen bereitstellen, aber es darf nicht sein,
7 dass das Hausziel der nächsten Jahre die Verdoppelung des Verteidigungsetats ist
8 • den quantitativen und qualitativen Beschulungsbedarf umgehend durch öffentliche Schulen decken
9 • Bedingungen für langfristig ausreichend SchulleiterInnen schaffen
10 • Bedingungen für langfristig ausreichend LehramtsbewerberInnen schaffen
11 • auf kontinuierlich steigende Unterrichtsqualität hinwirken
12 • Informations- und Marketingbudgets für öffentliche Schulen schaffen
13 • Beendigung der unsäglichen Praxis, Lehrpersonal zu befristen und es auf Kosten der Sozialkassen während
14 der Sommerferien in die Arbeitslosigkeit zu schicken
15 • Beendigung der unsäglichen Praxis, Kontingente in Kitas und Schulen an Firmen zu verkaufen (Berlin und
16 Frankfurt)

17 Begründung

18 Es muss sehr viel passieren.

19 Unser Bildungssystem rutscht sonst in Richtung Großbritannien. Das Schulwesen dort ist bekanntermaßen
20 hochgradig ungerecht. Es gibt sogar die Forderung, dort die Privatschulen abzuschaffen.

21 Die Zahl der Privatschulen hat sich in Frankfurt in den letzten zehn Jahren von 23 auf 37 erhöht. Im
22 Regierungsbezirk Darmstadt von 101 auf 166. Sie entstehen vor allem dort, wo viele Haushalte mit hohem
23 Einkommen vorhanden sind (FR). Bei Kindergärten gibt es eine ähnliche Entwicklung.

24 An deutschen Grundschulen fehlen 1000 SchulleiterInnen. Bei ihnen werden immer mehr
25 Verwaltungsaufgaben abgeladen (taz).

26 Bei den GrundschullehrerInnen wird(!) es in den nächsten sieben Jahren eine Lücke von 35.000 geben
27 (Bertelsmann-Stiftung). Es gibt in Deutschland ca. 650.000 beamtete und ca. 200.000 angestellte LehrerInnen.

28 Art. 7 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland:

- 29 1. Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
- 30 2. Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu
31 bestimmen.
- 32 3. Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen
33 ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in
34 Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen
35 Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
- 36 4. Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche
37 Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung
38 ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der
39 wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und
40 eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung
41 ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert
42 ist.
- 43 5. Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches
44 Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als
45 Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art
46 in der Gemeinde nicht besteht.
- 47 6. Vorschulen bleiben aufgehoben.

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Ablehnung